



Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming

Rede von Hans-Jürgen Akuloff, Fraktionsvorsitzender, zum von der LINKEN miteingereichten Änderungsantrag zur Schülerbeförderung auf der Kreistagssitzung am 25. Februar 2019

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

uns geht es nicht so wie der SPD-Fraktion, wo man schwer Verständnis findet für die Erläuterungen des Sachverhaltes zu unserem Antrag. Am Anfang der Rede, Herr von der Heide, haben Sie dem Antrag zugestimmt, dann haben Sie Nein zum Antrag gesagt und zum Schluss haben Sie neue Beschlussformulierungen verlangt. Insofern ist es doch noch einmal wichtig deutlich zu machen, worum es bei unserem Antrag eigentlich geht. Wir sehen in diesem Antrag eine Komplexität von Zusammenhängen. Und diese Zusammenhänge kann man schlecht lösen, wenn man einzelne Punkte der geplanten Machbarkeitsstudie herausdividiert. Denn das erschwert die Entscheidungsfindung und macht auch nicht mehr deutlich, was eigentlich die Zielstellung dieser Studie sein soll. Unserer Auffassung nach ist die Zielfunktion richtig beschrieben, genau so, wie im vorliegenden Antrag formuliert.

Wir hatten ja alle gemeinsam in den letzten Wochen das Problem, dass wir dachten, 100 Meter mehr oder 1.000 Meter weniger bei den Entfernungsgrenzen für die Inanspruchnahme der Schülerbeförderung macht die Summe X aus und dann ist mit deren Zahlung die berechnete Beschwerde der Betroffenen erledigt. Im Verlauf der Debatte erhielten wir dann einen zunehmenden Erkenntnisgewinn bezüglich der konkreten Auswirkungen. Und wir alle haben zur Kenntnis genommen, und hier muss ich insbesondere wieder zur SPD-Fraktion schauen, dass es bei dem Thema Schülerbeförderung enge Zusammenhänge zwischen der Landes- und der Kreispolitik gibt. Und das wir heute im ganzen Land zu so einem Flickenteppich in den Kreisen und kreisfreien Städten bei der Schülerbeförderung kommen ist ja die Konsequenz aus der Situation, in der sich das Land Brandenburg befindet. Denn seinerzeit hat die SPD-Alleinregierung im Land die landesweite Regelung zur Schülerbeförderung auf die kommunale Ebene delegiert und als freiwillige Leistung vor Ort – sprich Ermöglichung nach Kassenlage – gesetzlich verankert. Wenn jetzt also die SPD hier im Kreis an kleinen Formulierungen des vorliegenden Antrages feilen will, sozusagen ab da, wo der Bus eigentlich schon an der Haltestelle die Türen geschlossen hat und losfahren sollte, der hätte vielleicht dann doch einmal die Chance zu wirklich problemlösenden Initiativen bei diesem Thema auf Landesebene sorgen können und so unsere Probleme hier vor Ort minimieren können.

Sicherlich haben Sie recht, Herr von der Heide, wenn Sie sagen, dass es keine kurzfristige Regelung ist, was wir hier als Fraktionen der LINKEN, CDU, Bauernverband/FDP und Bündnis 90/ Die Grünen heute mit unserem Antrag anstreben. Eben auch deshalb nicht, weil wir rechtliche Sicherheit für unsere Entscheidung schaffen wollen. Wir wollen eine Entscheidung mit Nachhaltigkeit. Varianten mit einer in der Satzung verankerten Mindestentfernung haben immer die Folge, dass sich so Ausgeschlossene benachteiligt fühlen. Daher ist der Grundtenor in der Konsequenz eigentlich auch darauf zu gestalten, dass die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming entgeltlos ist. Dafür sind aber Beschlüsse nötig, deren Auswirkungen wir heute noch nicht kennen – hier macht externer Sachverstand Sinn, den wir mit unserem Antrag einholen wollen.

Wenn es in der SPD-Fraktion schon so viel Sachverstand bzw. Experten gibt, dass man auf den externen Sachverstand verzichten sollte und ohne selber entscheiden könne – wie ja von Ihnen beabsichtigt – so frage ich mich schon, warum dieser Sachverstand nicht dazu genutzt wurde, heute hier einen Vorschlag vorgestellt haben, was die ganze Causa Neuregelung der Schülerbeförderung kosten würde. Dann wäre es doch sehr einfach zu sagen, wir haben einen Kostenplan, es sieht so und so aus und kosten den Landkreis in Etappen so und so viel und dann können wir es doch machen.

Weil es aber nicht so ist und wir nicht wollen, dass die Themen Kreisumlage und Schülerbeförderung oder ähnliche Dinge gegeneinander ausgespielt werden, haben wir diesen, unseren Komplexantrag eingebracht. Daher werbe ich um Zustimmung zu diesem Papier. Und es wurde richtig gesagt: Was in Rostock mit einem zuständigen Senator der LINKEN und in Berlin Gang und Gäbe sein wird, muss dann auch bei uns zum Alltag gehören.

Damit die Bildungswege, oder besser die Wege in die Bildungsstätten, sozial verträglicher werden, bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag der vorgenannten vier Fraktionen.